

Thema des Monats der hessischen IHKs

MÄRZ 2018

Fahrverbote vermeiden und Innenstädte befahrbar halten

Für die hessischen Unternehmen, Berufspendler und Städte hat das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zur Zulässigkeit von Fahrverboten gravierende Folgen. In den betroffenen Kommunen sind ca. 75 Prozent der Diesel-Pkw von Fahrverboten betroffen. Sollten nun betroffene Unternehmen ihre Fahrzeuge austauschen müssen, um ihrem Gewerbe weiter nachgehen zu können, wären gerade viele kleine und mittelständische Betriebe davon finanziell überfordert. Das gilt ganz besonders, weil durch Fahrverbote betroffene Fahrzeuge praktisch unverkäuflich wären.

Dabei ist Hessen auch ohne gerichtliche Anordnung schon auf einem guten Weg. Das Land hat vor kurzem ein Fachzentrum für nachhaltige urbane Mobilität gegründet. Es soll die Städte und Kommunen bei der Planung und Förderung geeigneter Maßnahmen der nachhaltigen städtischen Mobilität unterstützen, um die Stickoxidwerte bis 2020 durch alternative Maßnahmen unter den Grenzwert von $40 \mu\text{g}/\text{m}^3$ zu bringen. Derzeit stehen – teilweise parallel zur Überarbeitung der Luftreinhaltepläne – die Konzeption der „Masterpläne Green City“ an, mit denen sich Kommunen Fördermittel aus dem Sofortprogramm „Saubere Luft“ der Bundesregierung für nachhaltige Mobilität bewerben können. Diese Pläne sind wichtig, um Städte langfristig für den Wirtschaftsverkehr befahrbar zu halten und dennoch für gute Luftqualität und Lärmschutz zu sorgen. Auch bei der möglichen Fortschreibung der Luftreinhaltepläne in den betroffenen Kommunen, müssen zunächst alle Maßnahmen ausgeschöpft werden, bevor Fahrverbote erwogen werden.

Gerade für Pendler ist wichtig, eine echte Alternative zum eigenen Auto zu haben. Langfristig hat der Ausbau des ÖPNV daher eine zentrale Bedeutung. Man kann nicht einerseits die Innenstädte sperren, aber dann den Menschen keine ernsthafte Alternative bieten, zu ihrem Arbeitsplatz zu kommen. Dies trifft vor allem diejenigen, die aus dem ländlichen Raum in die Städte pendeln und auf ihr Auto mangels Alternative angewiesen sind. Nur durch einen leistungsfähigen, zuverlässigen und hochwertigen ÖPNV kann ein Umsteigen der Berufspendler vom eigenen Auto erreicht werden. Auch die Förderung des Radverkehrs ist dabei wichtig. Die Planungen für zahlreiche Radschnellwege in ganz Hessen sind auf einem guten Weg.

Mehr Menschen, die den ÖPNV und das Rad nutzen, helfen am Ende Allen: dem Wirtschaftsverkehr, der pünktlich liefern kann ohne im Stau zu stehen, und den Pendlern, die auf das Auto angewiesen sind und dann ebenfalls nicht mehr im Stau stehen müssen. Dieselfahrverbote hingegen bergen die Gefahr, dass die Versorgung und die Erreichbarkeit der Städte leiden und nicht nur viele Unternehmen, sondern zahlreiche Pendler und Besucher zum Beispiel Frankfurt nicht mehr erreichen können. Aus wirtschaftlicher Sicht ist dann unklar, wie die Versorgung der Städte aufrechterhalten werden soll – zumindest würde sie aber erheblich teurer werden, denn der Wirtschaftsverkehr ist auch weiterhin auf die Straße angewiesen.

Ansprechpartner: Dr. Alexander Theiss | a.theiss@frankfurt-main.ihk.de | 069 2197-1332